UID

Nummer 13
25. April 2002
www.cdu.de

DOKUMENTATION

# Familien mit Kindern müssen einen **neuen Stellenwert** in unserer Gesellschaft bekommen

## Friedrich Merz und Maria Böhmer antworten auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 18. April im Deutschen Bundestag

*Gerechte Förderung von Familien und Anerkennung ihrer Leistungen – wer ein Verständnis davon hat, wie Sie es haben, Herr Bundeskanzler, dem kann man nur sagen: Es ist gut, wenn Ihre Zeit hier endet!*

FRIEDRICH MERZ:

# Familien mit Kindern müssen einen neuen **Stellenwert** in unserer Gesellschaft bekommen

Wer Ihre Regierungserklärung heute Morgen angehört hat, dem sollte ganz offensichtlich der einseitig auf den beginnenden Bundestagswahlkampf ausgerichtete Eindruck vermittelt werden, Familienpolitik habe in Deutschland sozusagen erst mit der rot-grünen Bundesregierung begonnen.

Wer die richtige Politik für die Familien so einseitig für sich in Anspruch nimmt, wie Sie das heute Morgen hier getan haben, der nutzt den Familien und vor allem den Kindern in Deutschland nicht, sondern er nutzt sie für seine parteipolitischen Zwecke aus, Herr Bundeskanzler. Sie stoßen mit dem, was Sie heute Morgen an Familienpolitik entdeckt haben, in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf ein Langzeitgedächtnis.

## Wir erinnern uns an das, was Sie auch schon gesagt haben

Wir können uns nämlich relativ gut daran erinnern – einige von uns waren dabei -, als Sie vor Ihrer Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident schon einmal Mitglied des Deutschen Bundestages waren. Das ist lange her. Aus dieser Zeit, Herr Bundeskanzler, stammen solche Zitate von Ihnen wie dieses: „Topfblumen und Kinder gehören in keinen anständigen Haushalt."

Alle hier im Haus können sich daran erinnern, wie Sie noch im Oktober des Jahres 1998 von „Frauenpolitik und so einem Gedöns" gesprochen haben. Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, heute die Familien und die Kinder entdecken, dann ist das gut. Aber glaubwürdig ist das vor dem Hintergrund dessen, was Sie in den vergangenen Jahren dazu gesagt und was Sie in den letzten drei Jahren in der Regierungsverantwortung gemacht haben, nicht. Das werde ich Ihnen im Einzelnen belegen.

## Wir brauchen differenziertere Antworten, als Sie sie gegeben haben

Wenn wir mit dem Thema „Familienpolitik – Zukunft der Kinder in unserem Land" verantwortungsvoll umgehen wollen und wenn wir die uns gesellschaftspolitisch gestellte Aufgabe wirklich annehmen wollen, dann bedarf es differenzierterer Antworten als der, die Sie heute Morgen zum Teil gegeben haben. Zu diesen Antworten gehört zunächst einmal, dass Deutschland ein sehr wohlhabendes Land ist, in dem Kinder von engagierten Eltern verantwortungsvoll erzogen werden und gesund sowie in Frieden und Freiheit aufwachsen können. Das ist vor dem Hintergrund der Lage der Kinder in vielen anderen Ländern dieser Welt ein Befund,

der nicht ganz ohne Bedeutung ist. Familien mit ihren Kindern stehen jedenfalls in Deutschland sehr viel besser da als in vielen anderen Ländern dieser Welt.

Über Jahre und Jahrzehnte hinweg, Herr Bundeskanzler, hat es in unserer Gesellschaft den Konsens gegeben, dass die Erziehung von Kindern nicht in erster Linie bzw. überhaupt nicht eine staatliche Aufgabe, sondern die Aufgabe ihrer Eltern ist. Wir haben über Jahre und Jahrzehnte auch einen **Konsens** darüber gehabt, dass Familien mit Kindern finanziell entlastet werden müssen. Wir haben diese Aufgabe weitgehend gemeinsam Schritt für Schritt zu erfüllen versucht.

Herr Bundeskanzler, wenn wir jetzt schon wechselseitig Bilanz Ihrer Amtszeit und unserer Regierungszeit ziehen, dann gehört zu dieser Bilanz auch, dass es eben nicht die SPD, sondern die unionsgeführte Bundesregierung war, die aus dem Familienlastenausgleich einen **Familienleistungsausgleich** gemacht hat.

## Wir haben von 1982 bis 1998 die Leistungen für Familien mit Kindern verdreifacht

Wir haben den Grundfreibetrag in der Steuer und das Kindergeld eingeführt. Den Grundfreibetrag mussten wir erst wieder einführen, weil Sie ihn zu Zeiten der sozialliberalen Koalition abgeschafft hatten.

Wir haben die Kindererziehungszeiten in der Rente anerkannt. Wir haben Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub ebenso wie den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz eingeführt. Herr Bundeskanzler, es war die von Ihnen hier so verächtlich herabgesetzte unionsgeführte Bundesregierung, die in den Jahren von 1982 bis 1998 die Leistungen für die Familien mit Kindern in Deutschland von etwa 27 Milliarden DM auf rund 75 Milliarden DM im Jahr praktisch verdreifacht hat.

Eine solche Steigerung der Leistungen für die Familien hat es vorher und nachher in Deutschland nicht gegeben. Trotzdem hat das Bundesverfassungsgericht diese Leistungen als nicht ausreichend angesehen. Deswegen war es auch richtig – wir haben es nicht kritisiert -, dass Sie das Kindergeld Schritt für Schritt weiter erhöht haben.

## Sie haben Ihre Leistungen den Familien über die Ökosteuer auch gleich wieder aus der Tasche gezogen

Herr Bundeskanzler, ich stelle in diesem Zusammenhang die Frage, ob Sie denn der Meinung sind, dass Sie mit dem, was Sie in den letzten dreieinhalb Jahren gemacht haben, heute einen verfassungsgemäßen Zustand hergestellt haben. Ist es verfassungsgemäß, wenn eine Familie mit zwei Kindern heute immer noch etwa 5000 Euro im Jahr mehr versteuern muss als vier Erwachsene mit einem vergleichbaren Einkommen? Herr Bundeskanzler, die Lebenswirklichkeit in Deutschland sieht anders aus, als Sie sie heute hier beschrieben haben.

Zu dieser Lebenswirklichkeit gehört, dass Sie den Familien die rund 13 Milliarden Euro, die Sie ihnen an nominalen Leistungen zusätzlich zur Verfügung gestellt haben, über die **Ökosteuer** weitgehend wieder aus der Tasche ziehen.

Herr Bundeskanzler, die nächste Erhöhung der steuerlichen Belastungen für die Familien ist bereits fest eingeplant: Sie soll, wenn es nach Ihren Vorstellungen geht, am 1. Januar des Jahres 2003 mit einer weiteren kräftigen Anhebung der Ökosteuer erfolgen.

Lassen Sie mich über den finanziellen Aspekt hinaus noch einen weiteren Aspekt hinzufügen, den Sie in Ihrer Regierungserklärung heute Morgen überhaupt nicht erwähnt haben. Es gibt heute in Deutschland etwa eine Million Kinder, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, übrigens knapp zwei Drittel davon in SPD-geführten Bundesländern.

Wenn in einem der wohlhabendsten Länder dieser Welt, nämlich in Deutschland, eine Million Kinder auf Sozialhilfe angewiesen sind, dann ist dies ein großer anhaltender gesellschaftspolitischer Skandal. Daran müssen wir schnell, und wenn es geht, gemeinsam, etwas ändern. Wir schlagen deshalb vor, den Familienleistungsausgleich so zu ändern, dass in Deutschland sehr bald kein Kind mehr auf Sozialhilfe angewiesen ist.

## Wir wollen ein einheitliches Familiengeld von 600 Euro pro Kind

Sie kennen unsere Vorschläge. Wir wollen ein einheitliches **Familiengeld** von 600 Euro pro Kind und Monat für die ersten drei Lebensjahre, von 300 Euro bis zur Volljährigkeit und danach während der Zeit der Ausbildung von 150 Euro pro Monat.

Wir wissen, dass dies eine enorme finanzpolitische Kraftanstrengung erfordert. Wir wissen, dass dies rund 20 Milliarden Euro zusätzlich für die Familien in Deutschland bedeutet. Aber ich will Ihnen in aller Klarheit sagen, dass wir mit diesem Vorschlag nicht aus der Opposition heraus in einen unbezahlbaren Überbietungswettbewerb mit Ihnen eintreten, sondern auch klar dazu sagen: Dieses Geld, diese zusätzlichen Leistungen müssen an anderer Stelle eingespart werden.

Ich füge ausdrücklich hinzu, dass dies nur geht, wenn die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammengelegt werden, wenn wir einen Teil der hohen Bewirtschaftungskosten für die Arbeitslosigkeit in Deutschland reduzieren und die dadurch frei werdenden Mittel zugunsten der Familien mit Kindern einsetzen.

Ich will den gesellschaftspolitischen, den arbeitsmarktpolitischen, ja den ordnungspolitischen Gesamtzusammenhang dieses von uns unterbreiteten Vorschlages noch einmal erläutern. Erst mit diesen Leistungen des Familiengeldes für die Kinder, so wie ich sie skizziert habe, werden arbeitslose Sozialhilfeempfänger und sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Familienleistungsausgleich wirklich gleich behandelt. Damit wird zugleich die Schwelle, ab der es sich wieder lohnt, eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt anzunehmen, deutlich herabgesetzt.

## Es darf nicht derjenige bestraft werden, der aus der Arbeitslosigkeit wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückkehrt

Dieser Zusammenhang ist auch von entscheidender Bedeutung für die Lösung des Arbeitsmarktproblems. Die Eltern von Kindern dürfen auf dem Weg von der Arbeitslosigkeit in die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht fast die Hälfte der staatlichen Leistungen für ihre Kinder verlieren.

Geschieht dies trotzdem, lohnt es sich praktisch nicht, in den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren. Deswegen haben unsere Vorschläge zum Familiengeld, die tatsächlich eine Herausforderung darstellen und eine Kraftanstrengung erfordern, etwas mit der Lösung des Arbeitsmarktproblems und der Absenkung der Beschäftigungsschwelle

in Deutschland zu tun. Wer diesen Zusammenhang nicht sieht, wird die Probleme in Deutschland weder auf dem Arbeitsmarkt noch im Bereich der Familien lösen.

Familienpolitik in Deutschland darf sich nicht in einer Diskussion über die finanziellen Zuwendungen für Familien erschöpfen. Wir sind mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, der Meinung, dass wir der Ökonomisierung der Familienpolitik entgegentreten und den gesellschaftspolitischen Wert der Arbeit der Familien und der Eltern in den Vordergrund stellen müssen.

Deswegen ist die Anerkennung und Förderung der ideellen Leistungen der Familien in unserer Gesellschaft mindestens ebenso wichtig wie die bessere finanzielle Ausstattung der Familien.

Ob Sie es wollen oder nicht, lernen Kinder zuallererst vom Vorbild ihrer **Eltern**. Eltern stehen heute vielleicht größeren Herausforderungen gegenüber als früher, sie machen heute wie früher Fehler in der Erziehung, aber sie sind und bleiben die wichtigsten Bezugspersonen für ihre Kinder.

Ich sage dies deshalb, meine Damen und Herren von der rot-grünen Koalition, weil das Miteinander der Eltern nicht ohne Bedeutung für das Heranwachsen ihrer Kinder ist.

## Ihr unvollständiges Zitat ist kein Zufall

Auffallend war bei der Regierungserklärung – ich weiß nicht, ob Sie es alle gehört haben; ich habe aber aufmerksam zugehört -, dass Sie das Grundgesetz Artikel , zitiert haben und gesagt haben, dort stehe: „Familie steht unter dem besonderen Schutz des Staates."

Nein, das ist unvollständig zitiert. Im Grundgesetz steht nicht: „Familie steht unter dem besonderen Schutz", sondern darin steht: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung."

Dass hier unvollständig zitiert wird, ist kein Zufall. Es ist auch kein Zufall, dass es derzeit eine neue ausschließliche Ausrichtung Ihrer Familienpolitik auf generell zwei außer Haus berufstätige Elternteile gibt. Ich sage das in aller Klarheit.

- **Wir wollen nicht**, dass das frühere **Leitbild der Familie**, in der in der Regel die Mutter auf eine Erwerbstätigkeit außer Haus verzichtet, nun aus schließlich durch das neue Leitbild einer Familie ersetzt wird, in der grundsätzlich beide Elternteile ganztägig außer Haus berufstätig sind und Kinder vom ersten Lebensjahr an in Krippen, Horten, Ganztagskindergärten und Ganztagsschulen groß werden.
- **Wir wollen** wirklich Wahlfreiheit der Eltern.
- **Wir wollen** insgesamt in Deutschland ein besseres Klima für Kinder. Wir wollen, dass Frauen ihre gute Ausbildung besser mit dem Wunsch nach Beruf und Familie vereinbaren können als bisher.
- **Wir wollen** aber beispielsweise auch, dass sich Männer der Familienarbeit und ihren Kindern besser und intensiver zuwenden können – und dies auch wollen – als bisher. Das ist unser Leitbild für eine zukunftsorientierte Familienpolitik.

## Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung

Dazu gehört, dass die Erziehungskompetenz der Eltern gestärkt wird. Das geht aber nicht, wenn mit der Gemeinschaft der Eltern jede beliebige Verbindung zweier Menschen auf Zeit auf eine Stufe gestellt wird.

Dann wird es beliebig und die **Erziehungskompetenz der Eltern** nimmt mit der Bindungsfähigkeit der Gesellschaft ab.

Verantwortung wahrzunehmen, Bindungsfähigkeit zu entwickeln, Zuverlässigkeit und Verlässlichkeit zu erproben, dies alles lernen Kinder nur, wenn die Eltern ihnen dies auch – selbst in aller Unvollkommenheit – vorleben. Deshalb, Herr Bundeskanzler, steht im Grundgesetz zu Recht: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung."

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei Ihrer Behauptungen oder Vorschläge aus Ihrer Regierungserklärung aufgreifen. Sie haben behauptet, Ihre rot-grüne Koalition habe begonnen, den **Staatshaushalt** in Deutschland wieder in Ordnung zu bringen.

Aber auch dies sollte eine interessierte deutsche Öffentlichkeit wissen: Am Ende Ihrer vierjährigen Regierungszeit wird die Staatsschuld des Bundes in Deutschland mindestens 40 Milliarden Euro höher sein als zu Beginn Ihrer Regierungstätigkeit. Ohne die UMTS-Lizenz-Erlöse hätten wir eine knapp 100 Milliarden Euro höhere Staatsverschuldung des Bundes als zu Anfang Ihrer Regierungszeit im Jahre 1998.

## Die Eltern in Niedersachsen warten immer noch auf die eine Milliarde, die Schröder ihnen versprochen hat

Woher nehmen Sie in diesem Zusammenhang eigentlich die Zuständigkeit und das Recht, in die Kompetenz der Länder und Kommunen einzudringen, Herr Bundeskanzler, indem Sie heute vonseiten der Bundesregierung vorschlagen, Ganztagsschulen in Deutschland mit 4 Milliarden Euro zu finanzieren? Dafür hat der Bund keine Zuständigkeit, Herr Bundeskanzler.

Ich habe noch in relativ guter Erinnerung – die Parallele ist deutlich erkennbar –: Kurz vor der Niedersachsen-Wahl am 1. März 1998 hat der damalige Ministerpräsident Gerhard Schröder im gleichen Zusammenhang das **Versprechen** gegeben, nach der Wahl für die Schulen in Niedersachsen eine Milliarde DM zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Auch das war wenige Monate vor einer Wahl. Auf diese eine Milliarde DM warten die Schüler und Eltern in Niedersachsen bis heute, Herr Bundeskanzler.

Deswegen ist auch das Versprechen, das Sie heute Morgen gegeben haben, nicht mehr als eine unzulässige Einmischung in die Zuständigkeiten der Kommunen und Länder und ein hohles Wahlkampfversprechen, das Ihnen in Deutschland aufgrund Ihrer Vorgeschichte niemand mehr glaubt.

## Das Bundesverfassungsgericht hat Ihnen einen klaren Auftrag erteilt

Wir haben stattdessen eine Antwort von Ihnen auf die Frage erwartet, wie Sie denn Ihre bundespolitischen Zuständigkeiten im Hinblick auf eine Entscheidung des **Bundesverfassungsgerichts** aus dem letzten Jahr wahrzunehmen gedenken. Damals hat das Bundesverfassungsgericht nicht etwa den Ländern, sondern dem Bund, also Ihrer Bundesregierung, für die letzten fünf Monate Ihrer Regierungszeit den Auftrag erteilt, zu klären, wie die Sozialversicherungsbeiträge unterschiedlich ausgestaltet werden können, je nachdem, ob die Beitragszahler Kinder haben oder nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat das im Hinblick auf die Pflegeversicherung entschieden. Ich sehe kaum Gründe, warum diese Entscheidung nicht auch für die Rentenversicherung gelten sollte. Darauf hätten

Sie heute Morgen eine Antwort geben müssen, Herr Bundeskanzler.

Abschließend möchte ich sagen: Ich stimme Ihrer Aussage völlig zu – wir suchen ja den gesellschaftspolitischen Konsens, so weit es möglich ist –, dass Gewalt in der Erziehung nichts zu suchen habe. Aber Sie haben heute Morgen den Eindruck erweckt, als ob dies eine Erfindung Ihrer rot-grünen Regierung gewesen sei. Herr Bundeskanzler, das Kindschaftsrecht in Deutschland ist – ich sage das nur zur Erinnerung; die meisten Kolleginnen und Kollegen waren bei den Beratungen ja dabei – im September 1997, also in der Verantwortung der früheren Bundesregierung, geändert worden. Seitdem steht die **Gewaltfreiheit in der Erziehung** im Bürgerlichen Gesetzbuch, also nicht erst, seitdem Sie regieren.

Wenn es aber Defizite bei der Gewaltfreiheit der Erziehung gibt, dann hätte ich mir gewünscht, dass Sie, Herr Bundeskanzler, heute Morgen von diesem Rednerpult aus uns alle – wir hätten gerne mitgemacht – aufgefordert hätten, endlich gemeinsam die Initiative zur Zurückdrängung bzw. Vermeidung von Gewalt verherrlichenden Horrorfilmen, deren Zahl sowohl in den öffentlich-rechtlichen als auch in den privaten Fernsehanstalten zunimmt, zu ergreifen. Das wäre ein gesellschaftspolitischer Beitrag zur Gewaltfreiheit in der Erziehung gewesen.

## Wir setzen neue Prioritäten und sorgen dafür, dass unsere Politik glaubwürdig ist

Es bleibt dabei: Nicht nur die finanziellen Leistungen für die Familien müssen in erheblichem Maße verbessert werden. Familien mit Kindern müssen auch einen neuen Stellenwert in unserer Gesellschaft bekommen. Dafür engagieren wir uns und setzen wir neue Prioritäten. Vor allem muss aber die eigene Politik glaubwürdig sein.

MARIA BÖHMER:

# Die Familien verdienen eine gerechte **Förderung** und Anerkennung ihrer Leistungen

Heute haben wir die erste Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur Familienpolitik gehört. Ich halte es für bemerkenswert, dass wir nach dreieinhalb Jahren erstmals erfahren, was der Bundeskanzler zur Familienpolitik überhaupt zu sagen hat. Das ist in der Tat mehr als spät. So erleben auch die Familien in Deutschland die Ankündigungspolitik von Rot-Grün.

## Rot-Grün hat kein Konzept für die Familien in Deutschland

Dreieinhalb Jahre sind inzwischen nutzlos verstrichen. Das Urteil in der Presse war in den letzten Jahren rundweg vernichtend. Vor einem Jahr hieß es in der „Welt": „Die ausgebeutete Familie". In der „Frankfurter Rundschau" war von dem „Skandal der Familienpolitik" zu lesen; dort war davon die Rede, dass die Struktur in Deutschland eine ausgesprochen familienfeindliche sei. Nach dreieinhalb Jahren rot-grüner Regierung haben Sie es nicht annähernd geschafft, das einzulösen, was Sie angekündigt haben. Sie haben zwar manches auf den Weg gebracht, aber Sie sind auf halbem Weg stehen geblieben, mit Ihnen kommen Familien nicht ans Ziel.

Vor wenigen Wochen hat Ihnen Petra Kohse in der „Frankfurter Rundschau" bescheinigt, dass die deutsche Familienpolitik an einem „Mangel an Visionen" leide. Wer heute die Regierungserklärung des Bundeskanzlers und die Worte von Frau Bergmann gehört hat, muss dem beipflichten: Sie haben in der Tat kein Konzept für die Familien in Deutschland. Was Sie hier zu bieten haben, ist bruchstückhaft und Flickwerk.

Typisches Beispiel für Ihre halbherzige Familienpolitik ist die Kindergelderhöhung: Sie haben das Kindergeld zwar auf 154 Euro erhöht, damit erfüllen Sie aber nur die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts – nicht mehr. Aber das auch erst mit der letzten Stufe der Steuerreform im Jahr 2005, wenn Sie dann überhaupt noch die Möglichkeit dazu haben. So lange werden die Familien aber keine Geduld haben. Es fehlt also immer noch an der Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Das heißt, diese rot-grüne Bundesregierung macht eine verfassungswidrige Familienpolitik.

## Kindergelderhöhung im letzten Jahr völlig unzulänglich

Der Deutsche Frauenrat hat im vergangenen Jahr festgestellt, die Kindergelderhöhung – damals war noch von 30 DM die Rede – sei, gemessen an dem Bedarf, völlig unzulänglich und es sei unverständlich, war-

um nur eine Erhöhung für das erste und zweite Kind, nicht aber für die weiteren Kinder in der Familie vorgesehen sei. Man darf es nicht hinnehmen, dass dritte und vierte Kinder dieser Bundesregierung keine Kindergelderhöhung wert sind.

Auch die anderen 106 Punkte, die Sie in Ihrer „Familie Deutschland"-Broschüre aufführen, bringen den Familien wenig. Seit 1998 haben wir eine Teuerungsrate um durchschnittlich 5 %. Die Arbeitslosigkeit führt viele Familien in die Armut. Sie gießen lediglich den „Familien-Themenpark", damit nichts verdorrt. Aber Sie säen nichts neu, nichts wird umgetopft oder gar umgegraben. Kurz: Es fehlt an einer familienpolitischen Vision. Sie haben keine gesellschaftspolitische Wende zugunsten von Familien eingeleitet. Es gibt keine Strukturreformen zugunsten einer familienfreundlichen Gesellschaft.

## Sie bescheinigen sich ja selber: Klassenziel nicht erreicht

Ausweislich des Sozialberichts 2001 der Bundesregierung haben Sie die Familienförderung in den Jahren 1998 bis 2001 um 23 Mrd. DM (das sind 11,74 Mrd. Euro) erhöht. Dennoch bescheinigen die Sachverständigen der Bundesregierung im jüngst erschienenen Kinder- und Jugendbericht fundamentale Versäumnisse: In der Pressemitteilung Ihres eigenen Bundeskanzleramtes zur Vorstellung dieses Berichtes vom 30. Januar 2002 heißt es: „Zugleich sieht der Bericht die Situation von Familien mit Kindern trotz höherer staatlicher Leistungen als nicht wesentlich verbessert an." Sie bescheinigen sich damit selbst, das Klassenziel verfehlt zu haben. Angesichts Ihrer Versprechungen und des finanziellen Aufwands ist das Ergebnis mehr als kläglich!

Im Wahlprogramm von 1998 hieß es noch vollmundig: „Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Familien spürbar verbessert. Wir werden die Beschäftigungspolitik, die Sozialpolitik, die Steuerpolitik sowie die Frauen- und Jugendpolitik so ausrichten, daß die Familien in Deutschland wieder eine Zukunft haben."

## Mit steigender Kinderzahl nimmt die Armutsquote bei Familien zu

Tatsache ist aber, dass es in einem erschreckend hohen Maß Armut in Deutschland gibt und daß insbesondere Familien mit Kindern davon betroffen sind. Mit steigender Kinderzahl nimmt die Armutsquote bei Familien zu. Über eine Million Kinder sind in der Sozialhilfe. Damit ist die Sozialhilfequote von Kindern fast doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt (6,8 % gegenüber 3,5 %).

Das ist Ihre Politik: Eine Politik, die mehr die publizistische Wirkung einer Maßnahme im Auge hat als das langfristige Resultat. Eine Politik ohne Konzept, die Löcher dort stopft, wo sie sich aktuell auftun, ohne die Ursachen zu bekämpfen und für die Zukunft umzusteuern. Eine Politik zu Lasten derer, die sich am wenigsten wehren können, die keine schlagkräftige Lobby haben.

Wie sonst ist es zu erklären, daß von den 40 Euro Kindergelderhöhung dank Ökosteuer und gestiegenen Sozialabgaben den Familien unterm Strich gerade mal 10 Euro im Monat bleiben?

Wie sozial ist eine Familienpolitik, wenn die versprochene Steuerentlastung einkommensschwächere Familien überhaupt nicht erreicht? Herr Bundeskanzler, Sie haben nichts zur Anerkennung von Kindererzie-

hung und zum Wert von Familienarbeit in Bezug auf die Rente gesagt. Das wundert mich nicht, denn die Rentenreform, die Sie auf den Weg gebracht haben, versagt mit Blick auf die Berücksichtigung der Leistungen in der Familie. Im Januar 2001 haben Sie sogar per Gesetz hier im Bundestag die Witwenrente faktisch abgeschafft. Rot-Grün hat das Aus der Witwenrente beschlossen. Nur weil wir – die Union – gemeinsam mit den Frauen- und Familienverbänden in Deutschland dafür gekämpft haben, dass die Arbeit in der Familie bei der Rente ihre Anerkenn-ung finden muss und dass auf die Witwenrente auch zukünftig nicht verzichtet werden kann, haben Sie sich in der letzten Sitzung des Vermittlungsausschusses unserem Druck gebeugt.

## Wir waren es, die sicher gestellt haben, dass Frauen auch künftig mit einer Witwenrente rechnen können

Das Gesetz ist dann zurückgenommen worden, allerdings nicht in voller Höhe. Aber wir haben immerhin sicherstellen können, dass Frauen auch zukünftig mit einer Witwenrente rechnen können.

Ich habe Ihren langatmigen Erklärungen zu den allein Erziehenden wohl zugehört. Die allein Erziehenden sind in der Tat die Verliererinnen Ihrer Politik. Wenn Sie immer wieder versuchen, diesen Frauen in Deutschland zu erklären, Sie hätten objektiv nicht anders handeln können, dann sage ich dazu: Angesichts Ihrer Wirtschaftspolitik wundert es mich nicht, dass Sie kein Geld in der Kasse haben. Angesichts der hohen Zahl von Arbeitslosen wundert mich das auch nicht; denn Sie müssen das Geld zur Versorgung der Arbeitslosen ausgeben, statt dass Sie endlich für die allein Erziehenden das leisten, was Not tut. Sie streichen diesen Müttern ein Gehalt pro Jahr, Herr Bundeskanzler. Das ist die Wahrheit. Von daher wundert es mich nicht, dass die Frauen, angeführt von Ihrer Schwester, vor das Bundesverfassungsgericht gegangen sind und dort klagen. Eine solche Ungerechtigkeit kann man nicht hinnehmen. Das sollten Sie einmal registrieren und wieder rückgängig machen. Sie haben noch die Chance; Sie können noch handeln. Es ist noch Ihre Sache, Ihre Politik zu korrigieren, so dass die allein Erziehenden nicht auf dieses eine Monatsgehalt pro Jahr verzichten müssen.

Ein Beleg dafür, dass Sie an dieser Stelle gescheitert sind, ist auch der Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen, für die Kinder, deren Eltern Sozialhilfe beziehen, 100 Euro mehr zu geben. Dies jetzt, am Ende der Legislaturperiode zu erklären, zeigt, dass Sie in diesem Bereich nicht gehandelt haben. Gerade der Prozentsatz der unter 7-jährigen Kinder, die von Sozialhilfe abhängig sind, ist über die Jahre Ihrer Regierungszeit gleich geblieben. Hier ist es zu keiner Verbesserung gekommen. Die Kinder sind von Ihnen nicht aus der Sozialhilfe herausgeholt worden. So kann man in diesem Land nicht handeln.

## Wir brauchen eine Familienpolitik aus einem Guss, die innovativ ist und in die Zukunft weist

Wir dagegen haben dazu ein Konzept vorgelegt. Denn wir meinen, wir brauchen einen deutlich anderen Weg in der Familienpolitik. Wir brauchen eine Familienpolitik aus einem Guss, die innovativ ist, die in die Zukunft weist und die Familien in unserem Land wirklich eine Chance gibt.

Die drei Säulen unseres familienpolitischen Konzeptes lauten:

- **Wir wollen** die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.
- **Wir wollen** finanzielle Gerechtigkeit durch die Einführung des Familiengeldes und
- **wir wollen** die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken.

Wir wollen mit dem fortfahren, was wir im Bereich der Kinderbetreuung getan haben, denn ohne Union gäbe es in Deutschland keinen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Er ist von uns eingeführt worden. Wenn ich mir einmal die Zahlen anschaue – Frau Ministerin Bergmann, Sie haben übrigens in Ihrem Ministerium die neuen Daten, die Sie nicht nach draußen geben, weil die Bilanz, die Sie im Bereich der Kinderbetreuung ziehen, für die SPD-regierten Bundesländer in der Tat vernichtend ist–, so sehe ich, dass die Schlusslichter im Bereich der Kinderbetreuung, also im Hinblick auf Kindergärten, Krippen und Horte, nach wie vor die SPD-regierten Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein sowie das viele Jahre SPD-geführte Hamburg sind. Wenn ich mir anschaue, wie es im Hinblick auf die Horte aussieht, so stelle ich fest, dass Niedersachsen auf dem viertletzten Platz liegt.

## Von dem, was wir z.B. in Rheinland-Pfalz gemacht haben, zehrt die SPD heute noch

Betrachten wir dagegen die Situation in den anderen Bundesländern, so hat als erstes unter den alten Bundesländern das damals noch unionsregierte Rheinland-Pfalz den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz eingeführt. Von dem, was wir gemacht haben, zehrt heute noch die SPD in Rheinland-Pfalz. Deshalb ist die dortige Bilanz im Hinblick auf die Kinderbetreuung besser als in den anderen SPD-Ländern. Ansonsten ist die Situation in den SPD-Ländern katastrophal.

Was die Frauenerwerbstätigkeit anbetrifft, so möchte ich als Frau lieber nicht in einem SPD-regierten Land leben. Die Frauenerwerbsquote ist beispielsweise in Nordrhein-Westfalen deutlich niedriger als in unionsregierten Bundesländern. Die Spitzenreiter hierbei sind Bayern und Baden-Württemberg. Das liegt darin begründet, dass sie auch die Spitzenreiter im Hinblick auf die Versorgung mit Kindergartenplätzen sind. Unter den alten Bundesländern hat Baden- Württemberg die beste Ausstattung mit Kindergartenplätzen. Die Bayern haben in diesem Bereich auch einen Spitzenplatz. Sie haben im Bereich der Krippen zugelegt. Dort gibt es jetzt Krippenplätze für 3,5 Prozent der Kinder, in Nordrhein-Westfalen dagegen für nur 2,3 Prozent.

## Ja: Wir brauchen mehr Ganztagsschulen, man muss es aber auch richtig machen

Auch bei den Ganztagsschulen müssen wir ansetzen. Ich halte es für richtig, dass es im schulischen Bereich mehr Ganztagsangebote gibt. Man muss es aber auch richtig machen, Herr Bundeskanzler. Sie hatten damals die Gelegenheit, als Ministerpräsident in Ihrem Land die Weichen entsprechend zu stellen. In Niedersachsen beträgt der Deckungsgrad bei den Ganztagsschulen ganze 3 Prozent. In Baden-Württemberg beträgt der Deckungsgrad 6,8 Prozent. Wenn das kein Unterschied ist. Ein Blick nach Nordrhein- Westfalen, das in puncto Ganztagsschulen immer wieder als Paradeland genannt wird, zeigt, dass es dort zwar einen Deckungsgrad von 8,7 Prozent gibt. Dort handelt es sich aber überwiegend um Gesamtschulen, so dass die Eltern gar kei-

ne Wahl haben, sich für eine bestimmte Form von Ganztagsschulen zu entscheiden.

Mit dem Weg, den man dort beschritten hat, wollte man das Ganztagsschulenprogramm schmackhaft machen. Wenn das, was uns Ihre Bildungsministerin Frau Bulmahn derzeit verkündet, wirklich stimmen würde, nämlich dass Ganztagsschulen den Schlüssel zu einer besseren Bildung darstellten, dann müssten doch die Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen das Paradebeispiel für die beste Bildung sein. Im Zusammenhang mit der PISA-Studie verweigern sich aber gerade die Gesamtschulen der Erhebung. Das spricht doch Bände. Es geht hier also nicht um die Frage der Organisation, sondern um die Inhalte.

Ich will zum Schluss noch auf eines aufmerksam machen. Frau Schmidt – immerhin stellvertretende Vorsitzende der SPD – hat gestern erklärt, dass die Familien in Deutschland kein Familiengeld bräuchten, sondern Kindergarten- und Ganztagsplätze. Das hat sie im Zusammenhang mit Akademikerinnen gesagt. Es ist sicherlich richtig, dass Akademikerinnen eine andere Ausgangssituation haben. Aber, Herr Bundeskanzler, erklären Sie doch bitte der Verkäuferin im Supermarkt, der Frau bei VW am Band, der Krankenschwester, der Polizistin oder der Botin hier im Deutschen Bundestag, dass sie kein Familiengeld brauchen.

## Bei einem solchen Verständnis von gerechter Förderung: Es ist gut, wenn Ihre Zeit hier endet!

Wer ein solches Verständnis von gerechter Förderung von Familien und Anerkennung ihrer Leistungen hat, dem kann ich nur sagen: Es ist gut, wenn Ihre Zeit hier endet. Denn man kann es nur als Drohung empfinden, dass Ihre Familienpolitik fortgesetzt würde. Dann wäre es auch weiterhin schlecht um die Familien in unserem Land bestellt.

*UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333.*